

Landesspital: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende?

Notausgang Wäre es nach den Abgeordneten der Oppositionsparteien gegangen, müssten die 180 Angestellten und Lernenden am Landesspital wohl einen neuen Job suchen. Abgesehen von Herbert Elkuch, stimmten alle Abgeordneten von DU und der FL gegen den Notkredit.

VON DORIS QUADERER

«**E**ine ganz falsche Ausrichtung ganz einfach mit einem Notkredit von 2,5 Millionen Franken zu überbrücken, scheint die einfachste Lösung zu sein, für mich ist es eine falsche Lösung», stellte der DU-Abgeordnete Harry Quaderer in seinem Eingangsvotum klar. Er plädierte für ein Ende mit Schrecken, anstatt für Schrecken ohne Ende. Schliesslich seien alle Prämissen in dem Bericht und Antrag der Regierung auf dem Prinzip Hoffnung aufgebaut. Auch VU-Fraktionssprecherin Violanda Lanter-Koller fragte sich, wie denn die Fallzahlen wieder auf das Niveau vor dem Abgang der Belegärzte steigen sollten. Den Geldhahn plötzlich zuzudrehen, war für sie aber keine Option: «Es wäre verfehlt, jetzt Hals über Kopf ein Exempel zu statuieren», betonte sie. Die Regierung müsse jetzt zuerst die Hausaufgaben machen und unter Berücksichtigung der neuen Marktsituation neue Wege aufzeigen.

Fakten versus Bauchgefühl

Ähnlich sah es der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler: «Letztendlich ist ja die Kernfrage, was haben wir für Alternativen? Und wenn wir Alternativen haben, müssen wir diese seriös einander gegenüberstellen.» Als mögliche Szenarien erachtete er die Weiterführung der bisherigen Strategie, die stärkere Kooperationsvarianten, eine Neuausrichtung und Spezialisierung beispielsweise auf



Die rund vierstündige Debatte um die Zukunft des Landesspitals war erst ein Vorgeschmack auf den Herbst. Der Notkredit ist jetzt zwar gesprochen, wie es mit dem Spital weitergeht, darüber herrscht noch Uneinigkeit. Dem FBP-Abgeordneten Wendelin Lampert ist der Gesundheitsmarkt zu liberal. Hier müsse es Schranken geben, forderte er. (Fotos: M. Zanghellini)

die Geriatrie oder als letzten Schritt die Schliessung. «Ich erwarte, dass wir in den nächsten sechs Monaten diese verschiedenen Szenarien auf dem Tisch haben werden und wir dann einen informierten Entscheid fällen können. Einer, der dann auf Zahlen, Daten und Fakten beruht und weniger auf Gefühlen und oberflächlichen Informationen», erklärte Hasler. Letztlich gehe es um die Frage, wie viel Service-public-Dienstleistung wir anbieten wollen und was diese kosten darf. Für Wendelin Lampert (FBP) geht es sogar noch weiter. Er fragte sich, ob es politisch nicht sogar opportun wäre, stärker in den liberalen Markt einzugreifen und beispielsweise den Preis für eine freie Spitalwahl zu erhöhen. «Wir befinden uns in einem dynamischen Markt. Wenn wir nicht gewisse Schranken einbauen, dann werden wir auf allen Seiten überholt werden.» Wer garantiere denn, dass nicht noch weitere Privatkliniken

gebaut würden, die vielleicht einem neu ausgerichteten Landesspital erneut das Wasser abgraben würden?

Nicht alles harmonisch

Das Gesundheitswesen verursacht eben nicht nur Kosten, sondern es ist auch ein Markt, in dem sich sehr viel Geld verdienen lässt. Letztendlich drehte sich bei der Debatte dann auch viel um die Frage, wie die Felle in dem kleinen Gesundheitsmarkt verteilt werden. Brote und Fische liessen sich schliesslich nicht wie in der Bibel endlos vermehren, merkte Mauro Pedrazzini an. Es gibt also nicht mehr Patienten, sondern mehr, die sich um diese Patienten reissen. Es dürfe nicht sein, dass sich das Landesspital und die Medicnova gegenseitig Stei-

ne in den Weg legen würden, betonte Herbert Elkuch (DU). Es müsse gelingen, auch attraktiv genug für Patienten aus Österreich und der Schweiz zu sein. Imagepflege stehe jetzt im Vordergrund und gemeinsame Gespräche, so Elkuch. Auch Violanda Lanter-Koller störte sich am «Dauerkrieg zwischen den Ärzten, dem Krankenkassenverband und dem Ministerium» und dem Konkurrenzkampf zwischen den beiden Spitälern. Die Versicherten und Patienten seien dazwischen hin- und hergerissen. «Ist das das Rezept, wie wir den künftigen Herausforderungen im Gesundheitswesen begegnen wollen? Mit einem Gerangel, jeder gegen jeden?», fragte sie in die Runde. «Nicht alle Probleme, die auf meinem Tisch liegen, können in Harmonie gelöst werden», erwiderte

darauf Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini. Und mit Blick zu Umweltministerin Dominique Gantenbein fügte er augenzwinkernd bei: «Ich möchte nicht so weit gehen wie meine Kollegin, die ihr Biberproblem womöglich mit Erschiessen lösen muss.» Dass es mit gewissen Kooperationen nicht geklappt habe, liege daran, dass diese für das Landesspital nicht vorteilhaft gewesen wären. Im Gesundheitswesen gäbe es nun mal rentable und unrentable Fälle. «Wir werden nie Mühe haben, Private zu finden, die die rentablen Fälle annehmen. Heute haben wir ein Landesspital, das einen Mix aus rentablen und unrentablen Fällen anbieten kann. Und wenn ich bei einigen Abgeordneten zwischen den Zeilen höre, dass wir freiwillig auf die rentablen Fälle verzichten sollen, dann wird es sehr, sehr teuer», mahnte der Minister.

Dennoch hielt die Freie Liste an der Idee einer Nischenstrategie fest. Ihrer Meinung nach soll das Landesspital auf die allgemeine Grundversorgung verzichten und sich stattdessen beispielsweise in ein geriatrisches Pflegespital mit kleiner Palliativabteilung wandeln. Das koste Geld, aber das müsse uns die Pflege unserer «Nanas und Nenes» Wert sein, erklärte der FL-Abgeordnete Thomas Lager. Der FL-Fraktionssprecher Georg Kaufmann doppelte nach: «Das Landesspital könnte sich in diesem Bereich einen guten Namen machen und sich im Kreis der umliegenden Spitäler klar positionieren.»

Im Herbst wieder Thema

Obwohl die Diskussion über das Landesspital gestern rund vier Stunden dauerte, war sie erst ein Vorgeschmack auf den Herbst. Voraussichtlich im November wird das Ministerium Antworten auf eine Interpellation der VU liefern, welche sich mit Fragen um eine strategische Neuausrichtung des Landesspitals befasst. Ausserdem kommt ein Investitionskredit in Höhe von 10 Millionen Franken wohl ebenfalls im November-Landtag auf den Tisch.

Aufgeschnappt Die LLS-Debatte in erlesenen Zitaten

«Im Gesundheitsmarkt haben wir es mit hochintelligenten Menschen zu tun – Ärzten, Physikern, Juristen – was mir einfach fehlt, ist die Bauernschläue. Ein Bauer würde ja niemals eine zweite Kuh kaufen, wenn das Stück Land nur Gras für eine Kuh hergibt. Denn so hätten beide Kühe nicht genug zu fressen und das wäre ein Desaster.»

HARRY QUADERER (DU)

«Natürlich besteht das Problem des kleinen Heimmarktes, gewisse Service-public-Dienstleistungen kosten nun einmal. Bei der LIEmobil oder bei der Uni wird niemand erwarten, dass wir diese Dienstleistungen selbstfinanziert anbieten können. Es wird um die Frage gehen, wie viel Service-public-

Dienstleistung wollen wir, was soll diese kosten.»

ELFRIED HASLER (FBP)

«Das Landesspital ist jetzt selbst ein Notfallpatient und eine Verweigerung einer Operation im Rahmen dieses Finanzbeschlusses kann ich mir nicht vorstellen. Die Freie Liste und auch Teile der DU-Fraktion gehen wohl davon aus, dass die FBP und die VU dieses Thema schon richten werden und das Landesspital nicht an die Wand gefahren wird. Das wäre parteipolitisch bedenklich und gesundheitspolitisch verwerflich.»

GÜNTER VOGT (VU)

«Hätte man die Medicnova verhindern können? Hätte man verhindern können, dass sich Leute selbstständig machen? Das ist eine schwierige Frage. Unternehmen werden in der Regel gegründet mit Gewinnabsicht und nicht aus karitativen Motiven. Und

offensichtlich hatten diese Leute einen Businessplan. Tatsache bleibt, dass jetzt halt zwei Kliniken existieren und es führt immer wieder zum biblischen Gleichnis über die Vermehrung der Brote und Fische. Man kann noch so lange Verhandlungen führen, das Substrat wird dadurch nicht grösser.»

REGIERUNGSRAT MAURO PEDRAZZINI

«Die Auswirkungen eines verstärkten Wettbewerbs sind deutlich spürbar und werden meiner Meinung nach in den kommenden Jahren nicht weniger werden. Solange das Landesspital eine Konkurrenzstrategie mit den umliegenden Spitälern fährt, werden die Probleme fortbestehen. Wir haben einfach nicht das Einzugsgebiet und die nötigen Patientenzahlen. (...) Wir müssen die bestehende Grundversorgerstrategie ernsthaft hinterfragen.»

GEORG KAUFMANN (FL)

Mehrwertsteuergesetz: Aus der Pflicht ergeben sich durchaus Vorteile

Teilrevision Ändert die Schweiz das Mehrwertsteuergesetz, muss Liechtenstein nachziehen. Dies hat durchaus Vorteile. Richtig spannend wird es aber erst in etwa zwei Wochen.

VON DANIELA FRITZ

Aufgrund des Mehrwertsteuervertrages bleibt Liechtenstein wenig Handlungsspielraum, wenn die Schweiz Änderungen im entsprechenden Gesetz vornimmt. Gunilla Marxer-Kranz (VU) sah es dennoch positiv. Neben Mehreinnahmen von 400 000 Franken jährlich sei ein weiterer Vorteil, dass ausländische Onlinehändler - Namen wollte die Landtagsvizepräsidentin keine nennen - ab einem Umsatz von 100 000 Franken im Inland steuerpflichtig sind. Dies würde Wettbewerbsnachteile für liechtensteinische und Schweizer Firmen verhindern.

Abstimmung über Erhöhung

Spannend wird es am 24. September, wenn die Schweizer über die Erhöhung der MwSt. auf 8,3 Prozent ab 2021 abstimmen. Das könnte zu



Gunilla Marxer-Kranz erkennt in der Teilrevision durchaus Vorteile für Liechtenstein. (Foto: Michael Zanghellini)

Mehreinnahmen von acht Millionen Franken führen. «Ob das eine gute Nachricht ist, liegt im Auge des Betrachters. Für den Konsumenten ist es eine Steuererhöhung», gab Elfried Hasler (FBP) zu bedenken. Er regte an, die Mehreinnahmen wieder den Bürgern zuzuführen. Regierungschef Adrian Hasler meinte daraufhin, dies zumindest zu prüfen.